

gen Anfang Februar „sehr zu wünschen“ übrig gelassen. Bei den meisten Abstimmungen sei der Stimmenvorsprung von SPD und FDP weit größer gewesen, als es der Mandatsstärke entspreche.

Barzel drohte Strafe an. Er werde säumige Abgeordnete entsprechend einem früheren Fraktionsbeschuß bei ihren Kreisverbänden anschwärzen, die über Wiederaufstellung von Bundestagskandidaten entscheiden.

Doch die Oppositions-Vertreter überraschten den eigenen Chef mit Opposition. In der jungen Garde aus der zweiten Reihe hatte sich Unmut über das Fraktions-Establishment und dessen parlamentarisches Taktieren angestaut. Zu ihren Sprechern machten sich Politologie-Professor Manfred Abelein, 40, und sein baden-württembergischer Landsmann Hans Jörg Häfele, 39.

Abelein gab Barzels Schelte zurück: „Der Vorstand war ja auch die meiste Zeit nicht da. Dann kann man auch von den übrigen keine Präsenz erwarten.“ Barzel solle sich seinen Buhmann zum Vorbild nehmen: „Man mag von Wehner halten, was man will, aber er ist wenigstens immer da.“

Die Fraktions-Führung, darunter der stellvertretende Vorsitzende Manfred Wörner, der sich in der Haushaltsdebatte polemisch mit Willy Brandt angelegt hatte, fand bei Abelein keine Gnade: „Da sind ein paar Show-Redner, und die anderen sollen dasitzen und applaudieren.“

Abeleins Kollege Häfele hieb gezielt auf Wörner ein, der für das Oppositionskonzept der Etat-Debatte zuständig war. Der Barzel-Vize habe den Fehler gemacht, die Christdemokraten gegen jeden Einzelhaushalt anrennen zu lassen, statt Schwerpunkte zu setzen: „Die Diskussion über den Verkehrsetat zum Beispiel hat gezeigt, daß wir in der Öffentlichkeit als die Meckerer und die Miesmacher erscheinen, und der Leber schneidet gut ab.“ Häfeles Restimee: „Es gab entweder keine Strategie, oder sie war falsch.“

Überrumpelt wich Fraktionschef Barzel zurück und verzichtete darauf, seine Kritiker zurechtzuweisen. Zwei Monate vor der Neuwahl des CDU/CSU-Fraktionsvorstands schien Barzel Vorsicht geboten, denn Opponent Häfele steht nicht allein. Zusammen mit einem Kreis junger Abgeordneter möchte der schwäbische Regierungsrat den aufgeblähten Vorstand verkleinern.

Häfeles Vorschlag, über den Ende April abgestimmt werden soll, sieht vor, daß die Zahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von sieben auf vier und die Mitgliederzahl des Vorstands von 67 auf 33 reduziert wird. Sieben Barzel-Stellvertreter, findet Häfele, „sind zu viel und zu wenig“ — an Zahl zu viel, an Qualität zu wenig.

Die Abneigung der Fraktionsjunioren, von denen sich 27 in einer Gruppe um die Abgeordneten Pieroth, 36, und Georg Gölter, 32, organisiert haben, gilt vornehmlich zwei Vorstandsmitgliedern, die eigens als Repräsentanten der jungen Generation an Barzels Seite gestellt worden waren und sich

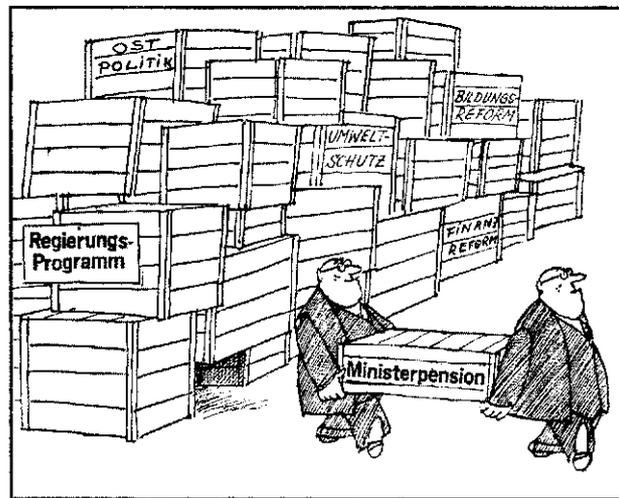
allzu rasch an das Establishment angepaßt hatten: dem Fraktions-Vize Manfred Wörner, 36, und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Olaf von Wrangel, 42. Sollten die beiden Barzel-Protegés im Mai nicht in ihren Ämtern bestätigt werden, so wäre dies auch für ihren Förderer eine Schlappe.

Fraktions-Einzelgänger Rembert van Delden glaubt freilich, daß eine Abwahl der beiden ihrem Gönner am Ende nützen könnte: „Die potenzieren doch das Negativ-Image von Barzel.“

MINISTER-PENSIONEN

Onkel krank

Was seinem Chef, dem Herrn Minister, passieren kann, wenn die CDU die nächsten Bundestagswahlen gewinnt, läßt den Parlamentarischen Staatssekretär Holger Börner böse werden: „Was ist das für ein Staat, der einen erst zum Minister macht und ihn dann in den Arsch tritt?“



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt  
„Zur Sache, Schätzchen; wir können schließlich nicht alles ausklammern!“

Börners Chef, Georg Leber, dann 53 und Verkehrsminister zweier Bundesregierungen a. D., müßte nach seinem Abschied trotz fast sieben Bonner Amtsjahren ohne Pension auskommen. So regelt es die geltende Ruhestands-Ordnung des Bundesministergesetzes vom 17. Juni 1953.

Bislang hatten drei Innenminister vergeblich versucht, die Gründerzeit-Vorschriften zu reformieren. In dieser Woche noch wollen sich nun die drei Bundestagsfraktionen daranmachen, eine Absprache aus den letzten Monaten der Großen Koalition einzulösen, und einen gemeinsamen Entwurf im Parlament einbringen, der den Regierungsmitgliedern eine bessere Altersversorgung sichern soll.

Derzeit stehen sich Bonns Kabinettschergen weitaus schlechter als ihre Kollegen in den Ländern. SPD-Bundestagsvizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen, der für seine Fraktion die Novellierung vorbereitet, klagte: „Der Bund ist das Schlußlicht.“

Tatsächlich können heute auch langgediente Ressortchefs nach zehn

und mehr Ministerjahren nicht unbedingt mit einer Pension aus der Staatskasse rechnen. Denn 1953 legte der Bundestag fest, daß ein Minister nur dann Ansprüche auf Ruhegehalt hat, wenn er bei seinem Ausscheiden aus der Regierung mindestens 55 Jahre alt ist.

Die Altersgrenze ließ prominente Exminister wie Franz Josef Strauß (zwölf Amtsjahre), Paul Lücke (zehneinhalb Jahre) und Richard Stücklen (neun Jahre) leer ausgehen. Zwar hatten sie das Gesetzessoll von vier Jahren übererfüllt, waren aber noch nicht 55 Jahre alt, als sie ihre Ministersessel räumten.

Auch Herbert Wehner, 64, im Kabinett Kiesinger knapp drei Jahre lang Minister für Gesamtdeutsches, blieb ohne Pension. Dagegen ist sein Kabinettskollege aus der Großen Koalition, Carlo Schmid, Jahrgang 1896, bei gleich langer Ministerzeit pensionsberechtigt. Als ehemaligem Richter und Professor kommt ihm das Beamtenprivileg des Gesetzes zugute: Danach genügt schon ein Ministerjahr zur Pension, wenn der mehr als 55 Jahre alte Ressortchef mindestens neun Beamten-Dienstjahre vorweisen kann.

Da die Regierung den Lebensabend ihrer Kabinettschergen nicht im Alleingang verschönen will, arbeiten Sozialdemokrat Schmitt-Vockenhausen und der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Werner Merthes mit Leo Wagner von der CDU/CSU zusammen. Die gemeinsamen Änderungsvorschläge, die in dieser Woche von den Fraktionen dis-

kutiert werden sollen, sehen vor, daß

- ▷ das ungerechte Beamtenprivileg fällt und künftig alle Minister, unabhängig von ihrem früheren Beruf, gleich behandelt werden;
- ▷ bereits nach einem Ministerjahr ein Anspruch auf Ruhegehalt in Höhe von 11 2/3 Prozent des Dienstgehalts entsteht, das jedoch mit etwa 800 Mark im Monat erheblich unter der Mindestpension für jene Regierungsmitglieder liegt, die ihre vier Jahre abgedient haben: Sie beziehen 35 Prozent des Amtsgehalts, also fast 2500 Mark;
- ▷ auch jüngere Minister nach vier Amtsjahren einen Pensionsanspruch erwerben, der bis zum 55. Lebensjahr ruht.

Dafür sollen die Kabinettschergen auf Annehmlichkeiten verzichten, die ihnen nach Gesetz und Gewohnheitsrecht heute noch zustehen.

So will die Kommission ihnen — außer Bundeskanzler und Außenminister — den Anspruch auf Amtswoh-

nung nehmen, wie er zum Beispiel seit Kai-Uwe von Hassels Zeiten den Verteidigungsministern zugute kommt: Dem jeweiligen Bundeswehrchef steht seit 1964 auf der Bonner Hardthöhe ein komfortabler Bungalow zur Verfügung.

Obwohl SPD-Kanzler Willy Brandt und FDP-Vizekanzler Walter Scheel die Pläne der Kommission schon abgesegnet haben und auch der zuständige Innenminister Hans-Dietrich Genscher am letzten Freitag im Gespräch mit Schmitt-Vockenhausen sein Einverständnis gab, ist die Pensionsreform noch nicht über alle Hürden.

So spürte der SPD-Obmann am letzten Montag im Fraktionsvorstand deutlich Widerstand von den sozialdemokratischen Beamten-Parlamentariern, die sich gegen den Abbau ihrer Vorrechte sträuben. HSV ärgerte sich: „Es gibt keine Partei, in der einer dem anderen mehr die Knöpfe vorrechnet als die SPD.“

Und auch Unionsmann Wagner, dessen CDU/CSU die meisten unversorgten Exminister stellt, stieß auf Opposition: „Bei uns gibt es Leute, die nicht mit allem einverstanden sind.“

Der härteste Widerstand freilich kommt von einem unversorgten Sozialdemokraten: Ex-Minister und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner hat seine Genossen schon wissen lassen, daß „ich für meine Person dies nicht wünsche“.

Kanzleramtsminister Horst Ehmke gab den Genossen einen Tip, wie der widerborstige Wehner zu überlisten sei: „Das müßt ihr machen, wenn Onkel Herbert einmal krank ist.“

**LUFTFAHRT-INDUSTRIE**

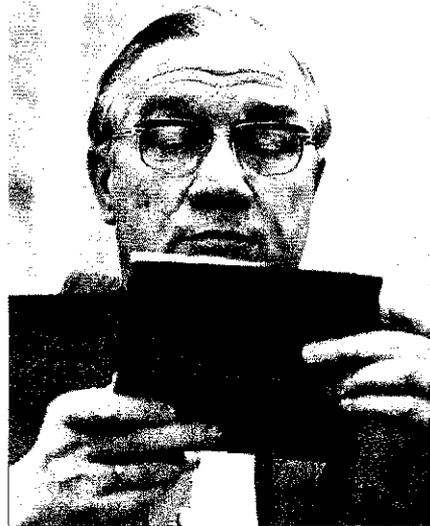
**Mut zur Lücke**

Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller suchte den Rat der Lobby — und 34 Industrievertreter reisten am Donnerstag letzter Woche nach Bonn, um dem SPD-Professor beizustehen. Im verstaubten Rheinhofel Dreesen berieten die Experten aus Flugzeugwerken und Motorenfabriken, Elektroindustrie und Leichtmetallschmieden, wie sie Karl Schiller für einen Streit im Kabinett munitionieren könnten.

Schillers Haushalt ist von Streichungen bedroht, seit Wissenschaftsminister Hans Leussink in einer Sitzung des Finanzkabinetts am 17. Februar wegen der Bonner Finanznöte der Regierung „Mut zur Lücke“ empfohlen hatte. Sein Bildungsprogramm erfordere Staatsausgaben in Milliardenhöhe, so daß einzelne Subventionen unter Umständen auch dann zu streichen seien, wenn sie wissenschaftlichem und technischem Fortschritt dienen sollten.

Im Haushalt 1970 wurden zivile Projekte der Luftfahrtindustrie mit 190 Millionen Mark aus der Bundeskasse gefördert. Das Verteidigungsministerium gibt für seinen fliegenden Fuhrpark im Jahr mehr als zwei Milliarden aus. Darüber hinaus will Bonn

für den geplanten Kurzstrecken-Jumbo „Airbus“ neben dem auf mehrere Jahre verteilten Zuschuß für die Entwicklungskosten von 795 Millionen Mark eine Bürgschaft von 2,3 Milliarden Mark geben. Fallen die Bonner Finanzhilfen weg, dann steht der von



Wissenschaftsminister Leussink  
Angriff auf Subventionen

Staatsaufträgen abhängigen Luftfahrtindustrie die Pleite bevor.

Denn seit einiger Zeit werden in Westdeutschland keine „Starfighter“ mehr gebaut. Der Kampfhubschrauber „CH-53G“, der Militärtransporter „Transall“, der Hansa-Jet „HFB 320“ und das Fracht- und Zubringerflugzeug „Skyservant“ lasten die Industrie nicht aus.

Um Leussinks Anschlag abzuwehren, bereitet Schillers Luftfahrtexperte Harro Reichardt ein Memorandum vor, das den „Befruchtungsnachweis“ (Reichardt) der Luftfahrtindustrie für die gesamte Volkswirtschaft liefern soll. Die zu seiner Unterstützung vom Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie entsandten 34 Experten wußten Rat: Horst Schützendübel von der Heidelberger Firma Teldix berichtete, das neue Anti-Blockier-Bremssystem, das Teldix gemeinsam mit Daimler-Benz entwickelt habe, sei unmittelbares „fall out“ der Beteiligung an der Produktion des Starfighter F-104 G. Auch Ortungsgeräte für den Bergbau und ein neues Abstand-Warnsystem für Autofahrer seien Abfall-Produkte der Luftfahrt-Technologie.

Emissäre der Münchner Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Gruppe nannten die geplanten „Hochleistungsschnellbahnen nach dem Magnet-Schwebeverfahren“ als Nebenprodukt der Luftfahrtindustrie.

Noch in dieser Woche will die Luftfahrt-Lobby ihre Argumenten-Sammlung dem Bonner Wirtschaftsministerium zustellen. Ende März wird Reichardt seinem Dienstherrn Schiller ein ausführliches Memorandum vorlegen, das die Bedeutung der nationalen Flugzeugindustrie für die Technologie und ihre Ausstrahlung auf die übrige

Wirtschaft gegen jeden Leussink-Zweifel absichern soll.

Die Lobbyisten rechnen damit, daß sich Schiller und sein Reichardt durchsetzen. Verbandsgeschäftsführer Herbert Schneider, CDU-Abgeordneter in Bonn: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Regierung, die bislang die Luftfahrtindustrie für wichtig hielt, um 180 Grad kehrt macht.“ Und Franz Josef Strauß, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH, ist seiner Sache sicher: „Ich habe keine Sorge, denn beim Airbus ist die Regierung im Wort.“

**BILDUNGSPLANUNG**

**Auf die Schnelle**

Hannovers Kultusminister Peter von Oertzen (SPD) trotzte, der Bund könne die Niedersachsen „nicht hindern zu tun, was wir für richtig halten“.

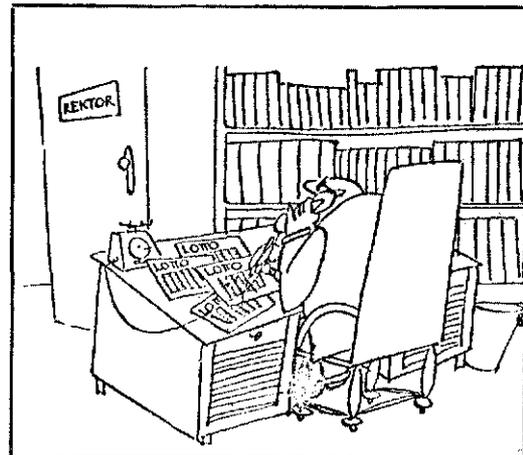
Oertzens Stuttgarter Kollege Wilhelm Hahn (CDU) rügte die „verengte Sicht“ zu Bonn, „wo man den Hochschulen ohnehin nicht so nahe steht wie die Regierungen der Länder“.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft räsionierte: Die Pädagogen „sien es leid, in Festansprachen mit herrlichen Plänen für das Jahr 2000 bedacht zu werden, während die bildungspolitischen Maßnahmen am vorigen Jahrhundert orientiert bleiben“.

Und Hans Maier, Kultuschef im CSU-regierten Bayern und Präsident der Kultusministerkonferenz, prophezeite: „Auch künftig werden die Fronten hart aufeinanderprallen.“

Tadel rechter wie linker Bildungspolitiker häuft sich derzeit auf das einzige parteilose Mitglied im Bonner Kabinett, den Karlsruher Tunnelbau-Professor Hans Leussink, der vor anderthalb Jahren Bundesminister für Bildung und Wissenschaft wurde und seit letzten Juni auch der gemeinsamen Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern vorsteht.

Leussink soll, so beschreibt er sein Dilemma selber, „auf die Schnelle Reformen einleiten, die schon vor fünf



Darmstädter Studentenzeitung

„Machen Sie sich mal keine Sorgen, Herr Leussink, wir sind gerade bei einer ganz neuen Versuchsserie zur Finanzierung unserer Universität.“